

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Die vorerwähnte eingetragene Handelsfirma über-
nimmt die Redaktionen keine Verantwortung.

Verleger: Theodor Wolff in Berlin.
Redaktion: Theodor Wolff in Berlin.

Kege Feuertätigkeit an der Somme, Eys und Wisne.

Amstich, Großes Hauptquartier, 28. Juni.
Westlicher Kriegshauptplatz.

Kege Tätigkeit der Engländer und Franzosen beiderseits der Somme. Auch in anderen Abschnitten zwischen Her und Marne nahm das Artilleriefeuer am Abend zu.

Neue sehr heftige Kämpfe an der Somme beiderseits der Eys zwischen Falkland und Béchune und südlich der Wisne zu größerer Stärke. Unsere Artillerie nahm den Kampf kräftig auf. In einzelnen Abschnitten haben sich Infanteriekämpfe entwickelt.

Starker Fliegereinfluss führte zu heftigen Luftkämpfen. Unsere Flieger schossen gestern 25 feindliche Flugzeuge und 1 Beobachter, unsere Flugabwehrkanonen 5 feindliche Flugzeuge ab.

Hauptmann Berthold errang seinen 37., Leutnant Socenhardt seinen 29., Leutnant Ramey seinen 28. und 27. Luftflug.

Der Erste Generalquartiermeister.
Ludenborff. (M. Z. B.)

„Sicherung der konfessionellen Schule.“

Don [Nachdruck verboten.]
J. Tewa.

Der dem Zentrum eingebrachte, von der Abgeordnetenhausmehrheit bei der vierten Lesung der Wahlrechtsvorlage angenommene Sicherungsantrag verlangt, daß in die Verfassung die Bestimmung eingefügt werde: „Der konfessionelle Charakter der öffentlichen Volksschule wird entsprechend den Bestimmungen des Gesetzes über die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen gewährleistet.“ Das Schulunterhaltungsgesetz vom 28. Juni 1906 bestimmt in § 33: „Die öffentlichen Volksschulen sind in der Regel so einzurichten, daß der Unterricht evangelischen Kindern durch evangelische Lehrkräfte, katholischen Kindern durch katholische Lehrkräfte erteilt wird, und ordnet in Ausführung dieser grundsätzlichen Bestimmung die konfessionellen Verhältnisse so, daß der Weg zur konfessionellen Trennung in jedem Falle frei ist, während die Einrichtung gemischter Schulen nahezu unmöglich gemacht wird. Der Abgeordnete Porich hatte daher von seinem Standpunkte durchaus recht, wenn er sagte: „Eines ausreichenden konfessionellen Schutzes haben wir uns auf dem Gebiete der Volksschule zu erfreuen.“

Aber dieses vom Standpunkte der Zentrumsparlei so ausgezeichnete Gesetz hemmt und hindert die innere und äußere Entwicklung der Volksschule auf Schritt und Tritt: Die Bildung leistungsfähiger Schulträger, die Erziehung einer ausreichenden Zahl aufsteigender Klassen, den Aufbau weiterführender Lehrpläne, die zweckmäßige Verteilung der Schulkinder auf Schulen und Klassen. Wo die einheitliche und zweckmäßige Beschulung der Jugend wird durch die konfessionelle Zersplitterung der Schule, durch die Trennung verschiedener großer Gruppen von Kindern nach dem Bekenntnis unmöglich gemacht. Die Volksschule wird durch das Gesetz überall zum Anhängel der Kirche gemacht. So müssen z. B. in zahlreichen Orten die bisher katholischen oder evangelischen Lehrer bleiben, d. h. sie dürfen nicht durch Lehrer des anderen Bekenntnisses ersetzt oder ergänzt werden, obwohl längst die Mehrheit der Kinder einem anderen Bekenntnis angehört. Ist schließlich der gesetzlichen Bestimmung (wenn fünf Jahre nach einander mindestens zwei Drittel der die Schule besuchenden einheimischen Schulkinder der anderen Konfession angehören und auf die Konfession der Lehrer weniger als 40 Kinder entfallen genügt, so wird der gesamte Lehrkörper, der bisher evangelisch war, katholisch, oder umgekehrt.

Abgesehen von allem anderen, ist das Gesetz eine empfindliche Rechtskränkung der konfessionellen Minderheit. Die Trennung der Schüler nach dem Bekenntnis, die das Gesetz grundsätzlich so weit als möglich durchführt wissen will, kann wegen zu hoher Kosten immer erst eintreten, wenn die Minderheit eine gewisse Stärke erlangt hat. Bis dahin müssen evangelische Kinder katholische und katholische Kinder evangelische Schulen besuchen, d. h. alle die Zutaten eines Unterrichts des anderen Bekenntnisses genießen, die nach den Anschauungen der Freunde der Bekenntnisschule zu einem guten Unterricht gehören. Und die Minderheit ist nicht in der Lage, hiergegen irgendwelches zu tun. Im Jahre 1911 lagen in evangelischen Schulen 79 256 katholische Kinder, in katholischen Schulen 17 754 evangelische Kinder, ganz abgesehen von den jüdischen Kindern, die nur zum kleinsten Teil in abgetrennten konfessionellen Schulen unterrichtet werden können. Gesetzlich anerkannte gemeinsame Schulen gibt es in Preußen nur wenige, die sich auf einzelne Landesbeside — Westpreußen, Posen, Oberschlesien, Regierungsbezirk Wiesbaden — beschränken. Will man aber überhaupt konfessionelle staatliche Schulen zulassen, so müssen sie auf die Fälle beschränkt bleiben, in denen alle Kinder der betreffenden Bekenntnisse angehören. Alle Schulen mit Kindern verschiedener Bekenntnisse müssten grundsätzlich als gemeinsame Schulen gelten und jede konfessionelle Einwirkung auf die Schüler unterbleiben. Der nach dem Bekenntnis getrennte Religionsunterricht bietet dazu ausreichende Gelegenheit.

Sollen bei einem Gesetzgebungsakte, der die Beteiligung des einzelnen an der Staatsverwaltung verstärkt, die staatsbürgerlichen Rechte vermehrt, diese dem einfachen Rechtsempfinden widerstrebenden Zustände mit einer Sicherung versehen werden? Gerade das Zentrum müßte die Vergewaltigung, die in diesen Zuständen liegt, empfinden und für eine Abänderung eintreten, durch die die Minderheiten in jeder Schule vollen Schutz genießen. Das ist nur dann der Fall, wenn die Schule grundsätzlich gemeinsam ist wie unsere mittleren und höheren Schulen. Die Konfessionsschule kann daneben immer noch gestattet sein.

Aber dem Zentrum kommt es nur darauf an, die konfessionelle Trennung der Schulen so viel wie möglich durchzuführen und die trotzdem noch verbleibenden Schulen mit Kindern verschiedener Bekenntnisse so unbefriedigend wie möglich zu gestalten. So bleibt der Weg für die Trennung immer offen, und die Bereitwilligkeit der Bevölkerung, diesen Weg zu betreten, wird erhöht.

Der Zar lebt?

Die russische Botschaft in Berlin hat aus Moskau die Mitteilung erhalten, daß dort vom Sowjet in Zetserinburg ein Bericht eingetroffen ist, wonach die Gerichte über die Ermordung des Zaren unangründet sind. In Uebereinstimmung damit meldet das M. Z. B. aus Darmstadt:

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, scheint sich das Gerücht von der Ermordung des früheren Zaren nach hier eingelangten Nachrichten nicht zu bestätigen.

Derner meldet uns ein Privat-Telegramm unseres Frankfurter Korrespondenten: Wie ich vom Hofmarschallamt in Darmstadt erfahre, hat die russische Regierung durch Vermittlung der russischen Botschaft in Berlin dem Großherzog von Hessen heute die Nachricht zugehen lassen, daß der Czarsich in Sicherheit befindet.

w. Frankfurt a. M., 28. Juni.

In dem angeblichen von Tschischerin unterzeichneten Telegramm, das dem Großherzog von Hessen die Ermordung des Czaren bestätigt haben soll, erfahre ich von dem Hofmarschallamt in Darmstadt, daß ein derartiges Telegramm dort nicht eingetroffen ist. Dagegen hat der Großherzog von Hessen gestern von anderer Seite eine telegraphische Nachricht erhalten, die im Zusammenhang mit den Gerüchten von der Ermordung des Czaren steht. Unkenntlich ist dem Hofmarschallamt, auf welche Weise die Meldung von dem Telegramm Tschischerins entstanden ist.

Mosk., 27. Juni. (M. Z. B.)

„Wascha Rodina“ erzählt von einem Mitglied der Sowjetregierung, daß das Gerücht über die Ermordung des früheren Zaren falsch sei. Der Zar und seine Familie sei gesund und außer Gefahr. Unmaßig sei auch die Nachricht, daß der Zar vor das Revolutionstribunal gestellt wird.

Während so die Nachricht von der Ermordung des Zaren seit von den verschiedensten Seiten dementiert wird, werden von mehreren russischen Zeitungen detaillierte Schilderungen über die Ermordungsbühne gebracht. Auch die Agence Havas gibt Stöckholmer Meldungen über die Vorgänge wieder, die sich angeblich bei der Ermordung abspielten hätten.

Wien, 28. Juni. (Z. L.)

Alle Weltblätter bringen ausführliche Artikel über die Ermordung des Zaren und erklären, daß dies in Österreich keinen besonderen Eindruck machen werde, da man nach wie vor der Überzeugung ist, daß Nikolaus der Letzte des Kaiserreiches gewesen sei. Eine amtliche Bestätigung der Todesnachricht liegt hier nicht vor.

Japan lehnt die Intervention in Sibirien ab.

Washington, 27. Juni. (Reuter.)

Eine hier veröffentlichte nichtamtliche Mitteilung besagt: Die japanische Regierung beschloß, das Ersuchen der Entente-Mächte nach einer Intervention in Sibirien abzulehnen. In amtlichen Kreisen und in den Entente-Kreisen in Washington wird diese Abgabe nicht als eine Aufgabe der Absicht der Entente oder der Vereinigten Staaten angesehen, sondern als eine „Rehabilitierung“ und der Hebung des russischen Einflusses zu helfen. Ein hoher Beamter erklärte, daß Japans Ablehnung einer militärischen Expedition nur dazu beitragen würde, die Russen zu stärken, die in ihrer Absicht zu stehen, den Elementen, die beitreten seien, Gesetz und Ordnung im Lande wieder herzustellen, Hilfe und Unterstützung zu bringen.

Ein Aufruf der russischen Regierung zu den Jagunen.

150 Rubel Monatssold für einen Soldaten der Roten Armee. (Telegramm unserer Korrespondenten.)

Saag, 26. Juni.

Holländisch-Nieuwsbureau meldet aus Moskau: Lenin und Trotski haben im Namen der Volkskommissare einen Beschluß veröffentlicht, in dem der Monatssold der Soldaten der Roten Armee auf 150 Rubel für Unverheiratete und 250 Rubel für Verheiratete festgesetzt wird. Ein zweiter Beschluß ruft sämtliche Leute, die im Jahre 1893 und 1897 geboren sind, und entweder holländisch oder vorübergehend in Moskau und Umgebung wohnen, zu den

Jahnen. Die Kommission, die zur Bekämpfung der Gegenrevolution gebildet wurde, beschloß, eine Sonderabteilung zur Vertretung der Sowjetarmee zu bilden. Die „Nowaja Schina“ meldet aus Zarizyn, daß Truppenabteilungen des Heeres des Generals Dutow sich auf einige Werst Entfernung bei Povorina vereinigen und einen entscheidenden Angriff auf die Eisenbahnlinie von Povorina-Zetserinburg vorbereiten.

D. Stockholm, 26. Juni.

„Nowaja Schina“ zufolge wurde die von den Tatarern gebildete Regierung und Vertretung auf der Arim gestürzt. Der Leiter der neuen Regierung ist der russische General Dunkjewitsch.

Die englischen Arbeiterminister bleiben.

(Telegramm unserer Korrespondenten.)

Rotterdam, 28. Juni.

Aus London wird gemeldet: Die Arbeiterminister traten gestern zu einer Beratung über die Lage zusammen, die durch den Beschluß der Arbeiterpartei, den Burgfrieden aufzugeben, geschaffen ist. Anlässlich der nachdrücklichen Erklärung Hendersons, die Arbeiterpartei wüßte nicht, daß sie die Regierung verlassen, haben die Arbeiterminister, wie verlautet, beschloßen, nicht zurückzutreten, nochstens nicht jetzt.

„Times“ melden aus Ottawa, die Regierung beschäftigt sich eifrig mit der Arbeiterbewegung, die in ganz Kanada einen ersten Charakter angenommen hat. Niemand seit Kriegsbeginn gab es soviel Unruhe wie jetzt. 3000 Arbeiter der Roma Scotia Steel and Iron Company streikten und haben den ganzen Betrieb lahmgelegt.

Die Leitung des sogenannten demnachst in Westfalen tretenden „zweiten Kabinetts“ der englischen Regierung soll der Staatssekretär des Innern Sir George Cave, der sich gegenwärtig in Haag aufhält, übernehmen. Das zweite Kabinett wird von etwa einem halben Dutzend Arbeitslosen, die innere Angelegenheiten unter sich haben, und einer hohen juristischen Persönlichkeit besetzt werden. Es trifft engstellige Entscheidungen über innere Angelegenheiten, aber das Kriegskabinett hat doch das letzte Wort.

Neue U-Boot-Erfolge.

Amstich, Berlin, 27. Juni.

Das unter dem Kommando des Kapitänleutnants Jech stehende U-Boot hat in der Irischen See und deren Zuschnittsstroben drei besonders wertvolle Dampfer von je 5000 bis 6000 Bruttoregistertonnen Größe versenkt. Zwei dieser Dampfer wurden aus starken, nach England einlaufenden Geleitzügen herausgeschossen. Im ganzen nach neu eingegangenen Meldungen unserer U-Boote:

20 000 Bruttoregistertonnen.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Berichte der feindlichen Heeresleitungen.

Französischer Heeresbericht vom 27. Juni nachmittags: Heutige lebhafteste Artillerietätigkeit südlich der Wisne in der Gegend von Coeurvres. In den Vogesen brachten uns drei Bombardements Gelangene ein.

Französischer Heeresbericht vom 27. Juni abends: Keine Infanterietätigkeit. Zeitweilig amorphes Geschützfeuer in verschiedenen Abschnitten an der Eys und Wisne.

Italienischer Heeresbericht vom 27. Juni: Am gestrigen Tage hielt die Kampfartillerie sich auf der ganzen Front in gewöhnlichen Grenzen. Im westlichen Serratal auf dem linken Etschufer wurde der Standort eines wichtigen vorgehobenen feindlichen Postens von unseren kleinen Soldaten überfallen und vernichtet. Auf den Abhängen des Col del Rosso (Hochfläche von Triana) besetzten unsere Batterien nach vorangegangener Kampf feindliche Vorposten, indem sie 31 Gefangene und zwei Maschinengewehre einbrachten. Der Feind amorierte hierauf mit einem starken, zweimal wiederholten Angriff auf unsere vorgeschobene Linie, aber er wurde blutig zurückgewiesen. Die Zahl der am 25. Juni bei der Vertreibung der Deutschen beim Brüdertopf Capo Sile gemachten Gefangenen beträgt 50 Offiziere und eine Anzahl Mannschaften.

Englischer Bericht vom 27. Juni morgens: Durch ein erfolgreiches kleineres Nachtgefecht nahmen wir den Feinde einen stark besetzten Punkt westlich Vieux-Berquin. Wir machten dabei mehrere Gefangene und eroberten Maschinengewehre. Feindliche Artillerietätigkeit an mehreren Punkten zwischen Ghienay und Woban, außerdem wurde die nordwestliche Stellung des Kieper Waldes mit Gasgranaten beschoßen.

Englischer Heeresbericht vom 26. Juni abends: Dem Feinde wurden in der Nacht in einem Patrouillengefecht bei Woyelles Verluste zugefügt. Sonst ist nichts zu melden außer beiderseitiger Artillerietätigkeit in einzelnen Abschnitten.

Amerikanischer Heeresbericht vom 27. Juni: Abgesehen von der Zurückwerfung von Abteilungen, die einen Vorstoß gegen unsere Stellungen in den Vogesen zu unternehmen versuchten, ist nichts zu melden.

Die Schule im neuen Preußen braucht auch in dieser Beziehung Entwicklungsfreiheit. Es dürfen nicht Gefühlsbestimmungen vorweg genommen werden, die einseitig kirchlichen Auffassungen ihr Dasein verdanken. Mit der religiösen Erziehung der Jugend hat alles das nichts zu tun. Im Gegenteil, für die vielen Fälle, in denen Kinder der Minderheit die Schulen der Mehrheit besuchen müssen — es handelt sich um mehr als 125 000 Kinder —, wird die religiöse Erziehung auf dem Boden des Bekenntnisses gefährdet, ohne daß die Eltern ein Rechtsmittel zur Abstellung in der Hand haben. Da die Richtung der Bekenntnisse im Staate fortschreitet, wird der Mißstand, den das Zentrum „säubern“ will, von Jahr zu Jahr ärger, ohne daß die Bekämpfung unter gewöhnlichen Verhältnissen nach der „Sicherung“ noch ein Mittel zur Abhilfe hätte.

Das Ergebnis der Haager Sozialistenbesprechungen.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

1. Wien, 28. Juni. Obwohl die englische Regierung Troitzka den Weg zur Reise nach London verweigert hat, wird, wie ich erlaube, die Sozialistenkonferenz, die hier in London zusammentritt, dennoch über die Stellungnahme der deutschen und österreichisch-ungarischen Sozialdemokratie zur Friedensfrage und zur Aneignung einer zweiten internationalen Sozialistenkonferenz in Bern unterrichtet sein. Aber diese Stellungnahme haben die Vertreter der deutschen und österreichischen Sozialdemokratie in diesen Tagen Troitzka eingehend unterrichtet und ihm schriftliche Erklärungen im Hinterlassenen. Die Vertreter der deutschen Sozialdemokratie haben nochmals ihre Unzufriedenheit betont, für die Herbeiführung eines Verständigungsfriedens zu wirken und ihre Bereitwilligkeit auszusprechen, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen. Allerdings können die Londoner Beschlüsse der Entente-Sozialisten vom Februar d. J. nicht die Grundlage einer derartigen Konferenz bilden. Andererseits bestehen die deutschen Sozialisten nicht darauf, daß die Beratungen der Entente-Sozialisten zur Friedensfrage die Grundzüge für die Verhandlungen einer neuen internationalen Sozialistenkonferenz anzuerkennen. Nochmals haben die deutschen Sozialdemokraten betont, daß sie an dem Grundfay eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen festhalten und für die Wiederherstellung Belgiens eintreten. In der Frage des Ostfriedens haben sie darauf hingewiesen, daß dieser Frieden im Deutschen Reichstag nicht die Zustimmung der Sozialdemokratie gefunden habe. Eine Revision des Ostfriedens könne also infolgedessen nicht mit der Zustimmung der deutschen Sozialdemokratie einhergehen. In der Zulassung der Reichstagsmehrheit in Widerspruch gegen die Zustimmung der deutschen Sozialdemokratie findet. Ihren Standpunkt in der ost-österreichischen Frage nochmals darzulegen, hat die deutsche Sozialdemokratie mit Rücksicht auf ihre früher abgegebene Erklärung für überflüssig gehalten. Auch die deutsch-österreichische Sozialdemokratie hat Troitzka ihre Stellung zu der Friedensfrage ausführlich dargelegt. Sie hat ihre Bereitwilligkeit, an der Herbeiführung eines Verständigungsfriedens mitzuwirken, nachdrücklich betont und sich gleichfalls bereit erklärt, an einer neuen internationalen Konferenz teilzunehmen. Sie hat sich auch für die Schaffung von Rechtsgarantien zu der Erklärung des fünftägigen Friedens und für die Bildung einer Liga der Nationen ausgesprochen, zugleich aber darauf hingewiesen, daß dieses der sozialistischen Internationale nicht ohne weiteres erreichbar erscheint. Das dürfte jedoch nach ihrer Auffassung die Arbeiten für den Verständigungsfriedens nicht hindern. Gleichzeitig haben die Vertreter der deutsch-österreichischen Sozialdemokratie erklärt, daß der Krieg nicht einen Tag zur Erreichung von Zielen verschlingt werden dürfe, die der Verständigung der Welt hinderlich im Wege stehen. Im übrigen wird die deutsch-österreichische Sozialdemokratie die Londoner Februardeklaration der Entente-Sozialisten noch einmal bekräftigen.

Die Schwere der Lage liegt darin, daß die Vertreter der sozialistischen Parteien in Deutschland und Österreich trotz ihrer Bereitwilligkeit, zu einer Verständigung zu gelangen, es naturgemäß ablehnen, die Londoner Februardeklaration der Entente-Sozialisten

zum Ausgangspunkt neuer internationaler Versammlungen zu machen, oder den in dieser Deklaration enthaltenen positiven Kriegszielen der Entente-Sozialisten das eigene detaillierte Friedensprogramm entgegenzusetzen. Es wird sich jetzt in London zeigen, ob trotzdem ein Weg gefunden werden kann, auf dem man zu einer neuen einmütigen Rundgebung der internationalen Sozialdemokratie für den Verständigungsfrieden gelangen könnte, durch Ernst und Bedeutung der Sache, von den Regierungen nicht unterschätzt werden dürfte. In den Kreisen der holländischen Sozialdemokratie werden die Gegenseite, die heute noch die Sozialdemokratie in den feindlichen Ländern trennen, nicht unterschätzt.

Deutsch-österreichische Reichsratsabgeordnete bei Kaiser Karl.

Die Ukrainer für das Kabinett Seidler.

Wien, 28. Juni. (M. T. S.) Kaiser Karl empfing gestern in besonderen Audienzen die Reichsratsabgeordneten Steinwender, Ranj, Pachter und den Aderbaumminister, Graf Silva Tarouca. — Gestern nachmittag fand unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten v. Seidler ein Ministerrat statt. Wie die Korrespondenz Kustria meldet, erklärten die Vertreter der Ukrainer in Besprechungen mit dem Aderbaumminister, Graf Silva Tarouca, daß die ukrainische Vertretung des Abgeordnetenhauses nur dann für das Budgetprovisorium und die Kriegskredite stimmen werde, wenn der gegenwärtige Ministerpräsident im Amte verbleibe, weil die Ukrainer nie zugeben könnten, daß der Kabinettchef infolge eines politischen Befehls sei. Nach den Wählern hat der Aderbaumminister, Graf Silva Tarouca gestern mit den Vertretern der Tschechen, Südslawen, Sozialdemokraten und Ukrainern gesprochen und wird nun dem Kaiser Bericht erstatten. Die Parlamentarier, welche gestern Gelegenheit hatten, die Anschauung der maßgebenden Faktoren kennen zu lernen, geben der Meinung Ausdruck, daß im Vordergrund das Bestreben stehe, den Reichstag zu einer kurzen Sommertagung einzuberufen.

Leichte Erkrankung der Kaiserin Zita.

Wien, 27. Juni. (Wiener L. Z. Telegr.-Korr.-Bör.) Kaiserin Zita ist an einer leichten Infektion erkrankt. Die Erkrankung einer vollkommen normalen Verfassung wird von einer regelmäßigen Ausgabe von Stankstoffen begleitet.

Die Geldnöte der chinesischen Regierung.

Verpändung der Staatsmonopole an Japan. (Telegramm unseres Korrespondenten.)

Wien, 28. Juni. Der Korrespondent der „Times“ in Peking drahtet: Seinezeit hat die chinesische Regierung zwei Millionen englische Pfund gegen Verpändung ihres Telegraphensystems von einem japanischen Syndikat gefahren. Das Geld verschwand im Bürgerkrieg. In den letzten anderthalb Jahren wurde eine erneute Entschädigung des Verfalls angedient für die Reparatur durchgeföhrt. Am ganzen haben die Japaner auch diesmal zwei Millionen englische Pfund. Auch diese Summe war tatsächlich für die Fortführung des Bürgerkrieges bestimmt und wurde dafür ausgegeben. Das japanische Syndikat will nun eine weitere Million leihen — zum gleichen Zweck. Das Ministerium erklärt sich aber gegen diese Geldgebung, denn die Chinesen haben die lang verpöbnete Reform nicht durchgeföhrt und verwenden das Geld für militärische Abenteuer und gegen das wahre Interesse des Landes. Zudem schwören Verhandlungen, daß die Regierung, um sich in den Besitz der nötigen Mittel zu setzen, aber Verpändung ihres Tabakmonopols verhandelt, ebenso aber andere Verpändungen, die die Zukunft Chinas lange hinaus aus Schwere belasten. Nachdem die Regierung den Sünden vergeblich zu unterwerfen versuchte, hat sie nun Pläne zur Unterjochung von

Abwägung. Davon hofft man den Zusammenbruch der Ängst gegen die Regierung ausländischen Provinzen. Das heißt, die kaiserliche Entschlüsse und Weiden der Weidung, Verfassung des Staatsbürgers wie Wasser, ohne Aussicht auf Befreiung China fehlt die fröhliche Einwirkung und Beratung durch Mächte, die sich fröhlich um seine Wohlfahrt zu bestimmen pflegen und voll dem Abgrund zu. Es ist höchste Zeit, daß die Militär-Genossenschaft dieser Darstellung gehorcht, daß Japan, während Militär hilflos dabei liegen, China die Mittel zur Verfügung stellt, um sich zu ruinieren, und daß Japan auf diesem Wege die Herrschaft über China sich erobert wird.

„Der Siegespreis.“

Was Graf Koon verlangt.

Während die Reichsregierung schon durch den Mund des Staatssekretärs v. Rühlmann im Reichstag ihren Verfassungswillen bekundet hat, wenn das auch stark beschränkt geblieben, stellt Graf v. Koon, das bekannte Mitglied des Herrenhauses, ein geradezu napoleonisches Eroberungsprogramm auf. In den „Berliner Nachrichten“ schreibt er: „Jetzt haben wir die Macht, die uns der Sieg gegeben hat, haben uns nicht zu verhängeln, sondern sind in der Lage, unseren übergeordneten Gegnern die folgenden Bedingungen aufzuzählen.“

1. Keine Waffenhilfe. Kein Waffenstillstand. Keine Unterbrechung des U-Boot-Krieges; Zurückweisung jedes Verständigungsversuches, solange noch ein deutsches Wehrheer sich auf französischem oder belgischem Boden befindet und bevor sich in oder vor Paris Frieden. In diese verlegenen Gebiete die noch auf amerikanischen Hilfe hoffen, werden durch Verhandlungsanträge nur Zeit zu gewinnen suchen.
2. Angliederung der jetzt belgischen Landesteile, so daß sie, bei selbständiger innerer Verwaltung, mit Frankreich und dem Deutschen Reich als ein einheitliches Ganzes und französischer Kaiser bis einschließlich Galais an Deutschland.
3. Abtretung der französischen Erbgeländer von Belgien und Dombay an Deutschland.
4. Frankreich tritt ferner die Festungen Velfort, Toul u. Verdun und die östlich davon liegenden Grenzgebiete an Deutschland ab.
5. Rückgabe aller vor dem Kriege in deutschem Besitze gewesenem überseeischen Kolonien einschließlich Kiautschow.
6. Zur Verbeförderung der Freiheit der Meere tritt England die von Deutschland noch zu beziehenden Fiolten- und Kolonisationen an Deutschland ab. Gibraltar wird von den Engländern getrennt an Spanien zurückgegeben.
7. England liefert seine gesamte Kriegslotte an Deutschland ab.
8. England gibt Ägypten inklusive Suezkanal an die Türkei zurück; außerdem alle früher in türkischen Besitz gewesenem Arabien und sonstigen Gebiete.
9. Geographische Räumung des von den Westmächten dieses Gebietes von Griechenland und Wiederherstellung dieses Königreiches mit seinem rechtmäßigen König und in seinen früheren Grenzen (vor Kriegesbeginn).
10. Teilung von Serbien und Montenegro zwischen Österreich und Bulgarien — nach näherer spezieller Vereinbarung.
11. Entlastung der gesamten durch den Krieg für uns entstandenen Kriegskosten (180 Milliarden Mark) durch Vereinigung England und Frankreich. Verteilung dieser Summe auf die Staaten nach besonderer Vereinbarung, durch welche auch die Lastung der uns darauf sofort zu übernehmenden Verluste festgelegt werden.
12. Endlich besteht notwendig die militärische Occupation der heute von deutschen Truppen besetzten französischen und belgischen Gebiete, und zwar noch so lange, bis jeder Punkt des Friedensvertrages von feindlicher Seite zur Ausführung gebracht worden ist. Die Rollen für diese Diskussion müssen unter dem Kriege.

Mit erhebungsloser Festigkeit müsse die Reichsregierung fähig Graf Koon vor, auf diese Gestaltigung eines „deutschen Friedens“ bestehen und sich darin auch nicht durch die Ereignisse machen lassen, ob und wie sich künftig die Beziehungen zu unseren bisherigen Feinden, je zu ganzen Welt gestalten würden. Das werde sich als finden! — Wir begnügen uns damit, dieses Bekenntnis aus allen deutschen Seele wiederzugeben.

Das Festmahl.

Don. (Nachdruck verboten.)
Paul Bloek.

Ich habe einen eingebunden Balkon oder, wie so etwas auf bernisch heißt, eine Loggia, und vor vier Wochen, als wir noch nicht im Winter waren, pflegte ich in dieser von frischer Luft umgebenen und hoch von Wänden geschützten Räumlichkeit allabendlich zu sitzen. Das war sehr hübsch und erinnerte, wenn die Whantste zu Gise kam, an schöne Abende in Paris oder in Italien oder in sonst einer Gegend, die imprudenten vernehmen ist und erst viel später von glücklichen Menschen wieder entdeckt werden wird. Natürlich, die Aussicht ist weniger anmutig und die Luft nicht ganz so rein, aber die roten Geranien auf der Brustung verdecken dem Blick die Straße mit ihren einträglichen Mietshäusern, und wenn wir die Augen nach oben richten, sehen wir den Himmel mit seinen gar gefährlichen Abendwölchen und wissen, daß es eine Sandsturm, in der die Gedanken ruhig spazieren gehen können, und wo wir uns sogar mit Freunden, die jetzt feind sind, zu treffen vermögen. Nur eines ist etwas peinlich: daß es an den Häusern gegenüber noch andere Balkone gibt, und daß einige von ihnen im Besitz von Leuten sind, die ihre Gedanken nicht nur am Himmel lustwandeln lassen. Da ist besonders eine Familie, die aus einem engbrüstigen Herrn, einer appetitlichen Dame, zwei halbwegsigen Kindern und einem dicken Dienstmädchen mit einer Stimme wie Donnerhall besteht und die auf ihrem Balkon noch ganz andere Dinge tut, wie Abendrot essen. In der linken Ecke haben sie eine Kammerjuchd, in der rechten spielen sie Gitarre, und wenn am Abend nach des Tages Laß und Gise Papa, Mama und die hübschen Tochter nebeneinander die Arme auf untergetragte Stützen stemmen und die Nachbarschaft mit prächtigen Wänden überdauern, dann wissen wir alle, die in ihrem Gedächtnis sind: nun kann und nichts gesehen, wir sind gut bedeckt.

Diese Leute — sehr nette Leute übrigens, vor denen ich gern meine ungemessene Hochachtung öffentlich bekenne — machen es bald zu einem Stiehlingsstudium, mich bei der einmaligen Vertiefung des Abendrot-essens aufmerksam zu beobachten. Ich merkte ihnen ihre Mißbilligung an, wenn ich einmal größeren Appetit hatte, als die Feierlichkeitsgerecht erscheinen lassen, und als an einem Abend etwas Aufgezeichnetes vom Mittag auf den Tisch kam und der Dampf zwischen den roten Geranien verlosch, in die Höhe stieg, hörte ich sogar etwas wie Drohendes Volksgemurmel, in das sich aus dem Hintergrunde die Donnerstimme des Dienstmädchens unheimlich vernehmlich mischte. Solche Aufregungen wirken förmlich auf die Verbanung, ohne die, so paradox das klingt, das Leben förmlich eine Höflichkeit ist. Ich be-

schloß, mich zu rächen und dem feindlichen Observatorium den Anblick eines Festmahls zu bereiten, das die Gemüter ungebeter Augenblicke durch Red befristen mußte. „Frau“, sagte ich ernstlich, „was gibt es heute zum Abendrot?“ „Meine Frau ist mich verwirrt.“ „Was soll es denn geben? Das Einzige, was Tisch uns gefallen hat, Radiesch!“ „Gut“, erwiderte ich. „Dieser Tisch macht seinem künftigen Namensgenossen aus der Gedächtnis Gabe: er will die Reher fertigen, die an die Lehre vom allein leismachenden Höchstpreis nicht glauben. Aber auch aus Radieschen läßt sich etwas gestalten, wenn der große Zweck es will. Wir werden heute abend auf dem Balkon ein Festmahl haben.“

Und als der Abend kam, ward an dem Balkon, der bernisch Loggia heißt, die Tafel mit feinstem Sinnen gedeckt. Zeller aus Porzellan standen auf dem Tisch, und das Silbergeschloß, das sonst nur bei feierlichen Gelegenheiten aus dem Kasten geholt wird, funkelte prächtig in der Abendhülle. Vor jedem Gebed standen vier Gläser, für Wasser, für Wein, für Sekt und für Sekt, und die Getränke, die zu ihnen gehörten, wurden von mir selbst mit liebevoller Aufmerksamkeit bereitgestellt: ein hoher Kristallkrug mit Fürstentum, eine Weißweinschale mit Fürstentum, eine runde Strahlartafel mit Fürstentum und Himberst und zwei weitere runde Strahlartafeln, diese aber durch umhüllende Servietten als Schamwein maskiert, und verheißungsvoll gruppiert in jenem Bereich meines Hauses, dem silbernen Kübler, den mir ein Freund zur Hochzeit geschenkt hat. Der edle Mann vertraute gütig, aber unbekannt meiner glänzenden Zukunft. Zum Schluß baute ich noch ein besonders verlockendes Stillleben auf, indem ich mitten auf den Tisch eine Dose mit Blauweiss stellte und festsetzte, in die Feinstenische das historische Abköcheln mit kunstvoll gefertigten Radieschen, das mir die gute Lante Rotaline als einziges Geschenk hinterließ. Es ist mir der Zeit etwas tauglich geworden und der schöne Apfel hat ein Loch, deshalb schmeckt dieses Kunstwerk gewöhnlich die Kommode meines Hausmädchens. Aber aus der Entfernung wirkt es so realistisch, wie die berühmten Weintrauben des Zeugnis, an denen die Vogel piden wollen, und das Loch hatte ich nach innen gebohrt, wo es der neugierigen Welt verdrungen blieb, wie andere Löcher.

Edon während diese Zurückhaltung geschah, bemerkte ich im Lager der Gitarrensitze eine starke Bewegung. Erst schauerten die jungen Damen herüber, mit allen Zeichen höchster Anteilnahme, dann wurde Mutter herantelographiert, und endlich, nachdem auch die Maid mit der Donnerstimme gekommen war und die Hände zusammengeklappt hatten, erschien der Papa, eine Pfeife im Munde, und suchte sich mit vollkommener gemunter Formidabilität einen Beobachtungsplatz auf dem Kammerhause, von welchem selberherrnhaftig aus er die Operationen gut überblicken konnte. Nachdem so alle auf ihren Plätzen waren, führte ich ritierlich meine Gattin zu Tisch und lä-

gelte dem Mädchen, mit dem ich vorher schon eine Generalprobe abgehalten hatte. Der erste Gang kam, auf einer Glasplatte angereicht, ein feiner Radieschensoß, von dem wir nur wenig nahmen, um uns den Appetit nicht zu verderben. Dafür stürzte ich mich auf ein Glas Fürstentum aus der Weißweinschale, nicht ohne vorher, in einem großen Aufwand von Höflichkeit meine Tischgenossen gefragt zu haben: „Weiß oder Rot?“ Sie enthielt sich des besten Gedeckens wegen mit dem Himberst-Wein bis zum Hauptgericht, wurden erst auf der großen Tischplatte der zweite Gang herangetragen: ausgezeichnetes Schwarzwild, in längliche Stücke geschnitten, die aus der Entfernung an gebrauchte Radieschen beiz zu nennen mochten, und natürlich mit Schalen von Radieschen beiz, wenn die Herren beizeten wir uns reichlich, und weil die Radieschen gelassen waren und ich zum Versöhnung, gab ich mir außer der Weißweinschale ein Glas Sekt aus der eigentümlichen Fürstentumflasche und trank es mit einem Begehren aus, daß, wie ich bemerkte, die Papa auf der Kammerhause mit Günstigkeit erfüllte. Ich glaubte sogar aus der ferne ein dumpfes Grollen zu vernehmen, das von der Beginn einer Empörung sang. Aber feindlich, wie wir einmal die leppigen sind, gab ich zwei Gläser aus der roten Himberst-Weinschale voll, stieß mit der Erwähnen meines Lebens an und forberte den Reich der Götter heraus, indem ich ausrief: „Martha, der nächste Gang!“

Der kam natürlich, wie es sich gehört, auf der Bratenplatte an. Bestand aus dem Rest des Kriegesrot, nur daß jetzt die Scherben noch aneinander lagen, wie die Schritte von einem Hinterbänkler und die Radieschen waren diesmal ringsumher gruppiert, wie eine rote, gleich Gedeckenen. Es lag so großartig aus, wie das herrliche Wohl im Theater, bei dem es auch die Attrappen immer das Schöne sind; aber es schmeckte besser. Und weil wir merkten, daß unter Scham auf unser Gegenüber Eindruck machte, gerieten wir schließlich in eine so fröhliche Stimmung, als hätten wir nicht aus so feierlichen Gerichten gelabt und an edlen Weinen feiert getrunken. Jetzt brauchten wir auch gar nicht mehr Kommode zu spielen, denn nun kamen als Radisch auf einer englischen Radieschenplatte unverleibte Radieschen, noch mit ihren gelben Wäldern geschmückt, und dazu in einer solitären Dose, von der ein Stück der Bratenplatte der Unter, die einer Familie von einem Radieschen geformt. Diese Radieschenplatte war aber nur zum Ansehen da, denn wir hatten recht Mühe und mußten noch mit zwei weiteren Feindmächtern trinken die flüchtigen dem Eckstahl leer. Und weil der Himmel blau war und hoch oben der Abendhimmel entgegen ein Radieschen saß, hob ich trotzbeug mein Radieschen in die Höhe und rief: „Evoo!“

Die Besitzsteuer.

Nach den Beschlüssen des Hauptausschusses.

Der Hauptausschuss des Reichstages hat gestern, wie bereits in unserer Morgenausgabe berichtet wurde, die grundlegenden Bestimmungen des Besitzsteuerkompromisses angenommen. Es ist so gut wie sicher, daß es nunmehr auch die Zustimmung des Reichstages und der Regierung finden wird. Nach dem Kompromiß beträgt die Höhe des **Mehreinkommens** für die ersten 10 000 Mark des abgabepflichtigen Einkommens:

für die nächsten angefangenen oder vollen 10 000 Mark	5 v. H.
" " " " " " " " " " " " " " " "	10 v. H.
" " " " " " " " " " " " " " " "	20 v. H.
" " " " " " " " " " " " " " " "	30 v. H.
für die weiteren Beträge	40 v. H.

Die **Kriegsabgabe** vom Vermögen beträgt:

für die ersten 200 000 Mark	1 v. H.
für die nächsten angefangenen oder vollen 300 000 Mark	2 v. H.
" " " " " " " " " " " " " " " "	3 v. H.
" " " " " " " " " " " " " " " "	4 v. H.
für die weiteren Beträge	5 v. H.

Festgestellt wird die Steuerpflicht wie folgt: Mehrere Einkommen ist der Unterschied zwischen dem Friedenssinecumm und dem Kriegseinkommen. Der Unterschiedbetrag wird auf volle Laufende nach unten abgerundet. Abgabepflichtig ist nur der Betrag von dreitausend Mark übersteigende Teil des Mehrsinecums. Als Friedenssinecumm gilt das steuerpflichtige Jahreseinkommen, mit dem der Abgabepflichtige bei der letzten allgemeinen landesgesetzlichen Jahresveranlagung auf Grund der Einkommenverhältnisse, wie sie vor Ausbruch des Krieges bestanden, zur Einkommensteuer veranlagt worden ist. Als Kriegseinkommen wird ein Betrag von zehn- bis fünfzigtausend Mark angenommen, wenn das veranlagte Einkommen vor dem Kriege einjährig die Einkommensteuer nicht übersteigt. Als Kriegseinkommen gilt das steuerpflichtige Jahreseinkommen, mit dem der Abgabepflichtige bei der Jahresveranlagung für das Rechnungsjahr 1918 zur Einkommensteuer veranlagt worden ist oder veranlagt wird.

Abgabepflichtiges Vermögen ist das nach den Vorschriften des Besitzsteuergesetzes auf den 31. Dezember 1916 festgestellte Vermögen.

Das Mehreinkommen der Offiziere.

Das Besitzsteuerkompromiß im Hauptauschuss.

Der Hauptauschuss des Reichstages legte heute die Beratung über die Kriegsabgabe vom Mehrsinecumm bei der Zustimmung über die Berechnung des Kriegseinkommens der Offiziere und oberen Militärbeamten fest. Die Einkommenssätze sollen nach dem Kompromißantrag in der Höhe der Friedensbezüge berücksichtigt werden.

Ein **sozialdemokratischer Antrag** will die Worte „in Höhe der Friedensbezüge“ streichen.

General v. **Kamptz**: Auch die Offiziere sind für die höchsten Bedürfnisse des Lebens bemüht. Das Friedensgehalt ist das Gehalt, von dem auszugehen ist, das gilt auch für die Kadettenbewehrung. Alle Offiziere müssen gleich getroffen werden. In dem Kriegseinkommen ist auch die nicht steuerbare Dienstauswärtigenabgabe enthalten. Für die wieder eingestellten pensionierten Offiziere würde die Berücksichtigung nach den Kriegszuständen gleichfalls eine Härte bedeuten.

Abg. Dr. **David** (Soz.): Der Grundsatz des nobilio officium ist also anerkannt. Das frühere Privilegium bleibt also bestehen. Hier handelt es sich nur um das Mehreinkommen über 10 000 Mark. Die große Mehrzahl der dazu gehörenden Offiziere wird damit nicht getroffen, sondern nur die höheren, für die auch die Gefahr nicht unbedeutend ist. Die Offiziere in der Gruppe und in der Heimat haben auf Entlastung seinen Anspruch. Der Grundsatz der Steuerbefreiung paßt überhaupt nicht mehr in die heutige Zeit und in die Kriegsvorhältnisse.

Ein Antrag **Waldstein** (Fortf. Vp.) will den Dienstauswärtigen Einkommensteuer befreit. Das Privilegium des Reichsmilitärgesetzes wird nicht ungeändert aufrecht erhalten. Generell kann man nicht behaupten, daß höhere Offiziere der Gefahr erträgt.

Das hochantike Wort muß wohl drüber gehen worden sein, und ich fürchte, die Reifer der Kammerherren haben es für ein verächtliches Schimpfwort gehalten. Denn der Reiz sprach von seiner Seite und ich drohend zu mir herüber und die Name wandte uns ihren beiden Rücken zu und die Dichter und das Mädchen mit der Donnerstimme wurden uns Innuere abgehoben, obwohl sie widerwillig gingen und mehrmals zurückblieben, wahrscheinlich nach dem Grundwort, der nun an die Reihe kommen mußte. Sie ahnten nicht, daß ihr Schicksal für die Zukunft bedürfte, denn bis Weiterverfolgung der Fortkultur hätte nur ihre Illusion geführt, wenn es auf den Tisch gelegt worden wäre; in diesem Falle ließ sich das Wort im Widerspruch nicht gut verstehen. So ahnungslos haben die Menschen mit dem weit fähigen Schicksal!

Dann sahen wir allein, unbetört vor mühsamigen Späherdiensten, und die Nacht kam friedlich. Ich aber hob noch einmal das Glas und sagte:

Das uns auf das Wohlergehen der mächtigen Herren trinken, die über unsern Reides Nahrung und die Reimeit unserer Gefinnung wachen. Sie können zwar nicht daselbst, aber zwei Dinge haben sie uns gelehrt: mit wenigem zufrieden zu sein und die Unbill der Zeit lächelnd zu ertragen!

Der **Einzel Jean Pauls**, bayerischer Oberleutnant a. D. Brigadier, ist in München im Alter von 89 Jahren gestorben. Sein Vater war der Schriftsteller Carl Förster (1800-1888), der Freund Cornelius und Angeler und Biograph seines Schwiegervaters Jean Paul. Brigadier hat zahlreiche geographische Schriften herausgegeben, unter anderem eine Geographie und Geschichte von Deutsch-Ostafrika (1889). Auch schrieb er „Das Leben Emma Försters, der Tochter Jean Pauls, in ihren Briefen“ (1889).

Franz Reim. Mit dem oberösterreichischen Dichter Franz Reim, der gestern in Wien im Alter von 78 Jahren gestorben ist, geht ein starker und formvollendeter Dramatiker dahin. Von seinem ersten Drama „Eulami“ bis zur „Spinnetin an Kreuz“, „Edent v. Durnstein“, „Edelm von Rabenberg“ und „Räuber von Göttingen“ hat er auf der Wiener Bühne großen Beifall gefunden. Seine Dichtungen, darunter das Epos „Eufonias Fährten“, wurden meist in seiner oberösterreichischen Heimat. Geboren am 28. Dezember 1840, wirkte Reim bis zum Jahre 1888 als Lehrer am Gymnasium in St. Pölten und wohnte seit 1902 in Wien.

Carl Reich, der Komponist des „Polnischen Judent“, erkrankte die Nacht, er sei mit der Vertonung eines Librettos „Die Waisensöhne“ von F. v. Schiller und A. v. Arnim-Schwerdt beschäftigt, für ungesund. Die Mitteilung wurde durch einen Brief verbreitet, der die Unterfertigung des Herrn Reichstein-Schwerdt trug. Diese Unterfertigung scheint demnach gefälscht worden zu sein.

Eine nationalliberale Wahlrechtsgebung.

(Von unserem Korrespondenten.)

Am 27. Juni.

Die nationalliberale Organisation des Wahlkreises Arnswalde-Friedberg hat folgende Entschlüsse gefasst: Die nationalliberale Partei des Wahlkreises Arnswalde-Friedberg spricht ihre schärfste Entrüstung darüber aus, daß ein Teil der nationalliberalen Landtagsfraktion entgegen dem klar ausgesprochenen Willen der Gesamtpartei unter Missachtung jeglicher Parteizippen es wagt, dem preussischen Parteitag in Arnswalde-Friedberg verbrochenen gleichen Wahlrecht den Weg ebnen zu lassen. Sie erklärt, daß die nationalliberale Gesamtpartei jede Verantwortung für die Folgen dieses reaktionären Verhaltens abweisen muß. Von der Regierung aber erwartet sie, daß sie ohne Verzögerung auf die Aufhebung des Abgeordnetenhausgesetzes schreitet; denn dann werden die nationalliberalen Wähler die Gegner des gleichen Wahlrechts überhaupt nicht wieder als Kandidaten aufstellen, und dadurch wird klar erwiesen sein, daß sie nicht berechtigt sind, im Namen der Partei zu sprechen.

Entlassung alter Landsturmpflichtiger.

Durch Verfügung vom 18. Juni 1918 hat das preussische Kriegsministerium dem fortgeschrittenen Abgeordneten Waldstein mitgeteilt, daß die im April und Mai d. J. ergangenen Erlasse wegen Entlassung der Landsturmpflichtigen des Jahrgangs 1869 auch auf solche diesem Jahrgang angehörige Landsturmpflichtige Anwendung finden, die sich vorher zum Verbleiben im Dienst nach der Demobilisierung verpflichtet haben.

Georgischer Abend.

Die Deutsch-Georgische Gesellschaft, deren Gründung bereits in das Jahr 1915 zurückreicht, hatte gestern nach dem Hofe Eplandee zu einem Empfangsabend zu Ehren der georgischen Abordnung geladen, die seit einigen Wochen in Berlin die Interessen des jungen, am 26. Mai dieses Jahres gegründeten georgischen Staates vertritt. Der Einladung war ein erlebter Kreis von Zeitnehmern gefolgt, unter denen man bemerkte: Geheimrat Doppert vom Auswärtigen Amt, zahlreiche hohe Offiziere aus Meer und Marine, darunter Herr v. Lossow, der die Abordnung aus Konstantinopel begleitet hat, Geheimrat Dubschlag, Gelehrter und anderer hervorragender Vertreter von Industrie und Handel, von der Diplomatie den preussischen und den Schweizer Gesandten, ferner Mitglieder der Parlamente und Vertreter von Kunst und Wissenschaft. Fürst Batschabelli begrüßte die Gebrüder. Er betonte, daß die erste Delegation, die aus dem Kaukasus nach Europa gekommen sei, sich nach Deutschland gewandt habe, weil nur dieses die langere und endlich erreichte Unabhängigkeit verbürgen könne. Denselben Gedanken sprach dann weiter aus der erste Redner des Abends, Michael v. Jereckli. Über den Kaukasus geht der Weg nach Mittelafrika, nach Turkestan, Afghanistan und Indien. Ein selbständiger Kaukasus eröffne Mittelwege eine Warte ins Freie durch die von der Entente aufgerichtete Sperre hindurch. Der Kaukasus biete kostbare Rohstoffe wie Wolle, Baumwolle, Mangan, Kupfer, Petroleum. Professor Bernke (Zürich) legte dann noch eingehender die wirtschaftliche Bedeutung des Kaukasus dar.

Der Oberbürgermeister Dr. jur. **Plath** in Offen wurde zum Präsidenten der königlichen Gedenkfeier in Hagenberg i. Pr. ernannt.

Im Verlage von Gustav Fischer in Jena ist soeben die neunte, erweiterte Auflage der „Geschichte der Nationalökonomie“ von Adolf Damaische erschienen.

Wincinal zum Tode verurteilt. Wegen Raubmordes an dem 76jährigen Kaufmann Adolf Lorenz in Hamm an Ostertag und an dem 16 Jahre alten Bäckerlehrling Franz Murek am Randen verurteilt, wie uns ein Privattelegramm meldet, des außerordentlichen Kriegsgericht in Opheln den empfindlichen Zuchthäuser, Verurteilter Johann Gleditsch zu einm Jahr und 6 Monaten. Wegen eines Raubmordes erhielt der Angeklagte 14 Jahre Zuchthaus. Die sechs Mithäter erhielten Strafen von einem Jahr Gefängnis bis zu fünfzehn Jahren Zuchthaus.

Dr. Hef und die Berliner Kritik.

Der Landtagsabgeordnete Dr. Hef bittet uns um Abdruck folgender Erklärung: Der Verband der Berliner Theaterkritiker hat durch seinen Vorsitzenden, Herrn Professor Dr. Klara, in einer formulierten Erklärung zu meiner Rede im preussischen Abgeordnetenhaus vom 8. Juni Stellung genommen. Diese Erklärung ist aufsehenerregend und der gesamten großen Presse zugänglich gemacht worden. Wegen verschiedener Reisen finde ich erst heute Gelegenheit, dieser Erklärung näher zu treten. Ich habe zu ihr folgendes zu bemerken:

Herr Dr. Klara ist etwas sehr heftig gewesen. Wollte er schon meiner Rede keine gefällige Aufmerksamkeit zuwenden, so dürfte er nicht so oberflächlich sein, sich lediglich auf Zeitungsbekanntes zu stützen, die namentlich bei der Kritik des Abgeordnetenhaus, nur kurze, flüchtige und lächerliche Auszüge einer Rede zu sein pflegen. Die gegebene Quelle ist in solchen Fällen das amtliche Stenogramm. Das formale Recht, sich durch derartige Oberflächlichkeiten bloßzustellen, ist übrigens kein aller Welt unbekanntes. — Was aber den selbstbewußten hochfahrenden Ton in der von Herrn Dr. Klara gezeichneten Erklärung angeht, so darf er nur nicht denken, daß er damit imponiert. Bei mir ist das wenigstens nicht der Fall. Wohl aber gibt er mir die ungeschickte Veranlassung, ihnen Verfall darauf aufmerksam zu machen, daß wir in Deutschland so weit von noch nicht fähig, daß nur der überflüchtige Dinge mitreden darf, der von gewissen Berliner Herrschaften „beglaubigt“ ist. Wir ändern denken gar nicht daran, uns unsern amtlichen Urteil von ganz bestimmten Berliner Kreisen anzugewöhnen, „abzugeben“ zu lassen; auch nicht von Herrn Dr. Klara. Dieser gesunde, deutsche künstlerische Empfinden regiert sich durchaus an dem Urteil solcher Sachleute, die wir uns selbst als maßgebend ausweisen. Ob dieser in Berlin sitzen oder anderswo, ist uns an sich zunächst vollkommen gleichgültig. Aufdrängen oder aufschwatzen lassen wir uns aber keinerlei Urteil, nur weil es von jemand stammt, der in Berlin „beglaubigt“ ist. Und dazu haben wir unsere guten Gründe. Mit welcher eifrigen Begeisterung man dabei dem Berliner Publikum gegenüberstellen kann, das hätte Herr Dr. Klara aus meiner Rede erfahren können, wenn er nicht so oberflächlich gewesen wäre, sie überhaupt nicht zu lesen. Daß ich bei dieser Gelegenheit dem Herrschaften Otto Reichels in der „Schönen Zeitung“ und Anton Stehles in der „Königlichen Volkszeitung“ vor dem Berliner Publikum im allgemeinen den bekannten Vorzug gab, wobei ich übrigens von „rühmlichen Ausnahmen“ sprach, scheint Herrn Dr. Klara in Aufregung versetzt zu haben. Ich verleihe die Aufregung nicht. Aber den „Schulverband deutscher Schriftsteller“ dazu veranlaßt hat, sich der Klara'schen Veranordnung anzuschließen, das ist schon ganz und gar unverständlich. Recht gebe ich Herrn Dr. Klara nur darin, daß die

Vertretung unserer Kunst und unserer Schriftstums durch bessere Persönlichkeiten innerhalb der gegebenen Körperlichkeiten notwendig ist. Mit dieser Forderung habe ich nämlich meine Rede begonnen.

Wir geben diese Erklärung wieder, haben aber unsere eigene Meinung, die in dem Aufsatz „Der Kern unseres Volkes“ („Berliner Tageblatt“ Nr. 292) ausgedrückt ist, in jeder Hinsicht aufrecht. Daß Herr Dr. Hef keine Vorurteile nicht ganz so unvermittelt ausgesprochen hat, wie der mangelhafte Bericht über die Sitzung des Abgeordnetenhauses es vermuten ließ, mag wohl sein; an der Kunst und an ihren Aufgaben hat er jedenfalls vorbeigesehen. Wenn er sich durch die Ansicht der Kunstverständigen nicht imponieren lassen will, so ist das natürlich ein gutes Recht; aber uns scheint das Recht der Kunstverständigen ebenso gut zu sein, die sich in Sachen der Kunst nicht von einem Abgeordneten imponieren lassen wollen.

„Das junge Deutschland“, die Gesellschaft zur Pflege junger Dichtung, wird nach Abschluß der Jahresrechnung namhafte Beträge zur Verfügung haben, die als Gedenkbücher und Spenden für junge ringende Dichter Verwendung finden sollen. In ihrem ersten Spieljahr hat sie insgesamt 6500 Mark verteilt, und zwar an Reinhold Goring, Walter Gelsenreiter, Friedrich Hoffa, Franz Werfel, Gustav v. Wangenheim, Otto Kraus und Malthe Gellien und an die Witwe des im Sommer 1916 an der Westfront gestorbenen Dichters Reinhard Gorge.

Frau Hermann Effig bittet uns, ihren Dank allen denen zu vermitteln, die beim Ableben und bei der Beerdigung ihres Gatten wertvolle freundschaftliche Teilnahme gegeben haben. — Hermann Effigs Tota maste ist von den Bildauern Gellert und Busami abgenommen worden.

Meine Mitteilungen. In den Kammerblättern findet am Sonntag, mittags 12 Uhr, der Vortrag der ungarischen Redaktorin v. v. Gril statt. Es werden Dichtungen von Alexander Petöfi, Mihály Vörösmarty, Johann Vranó und Edmund Sós zum Vorlesen kommen. — Ritt Kamer wurde dem Auswärtigen Amt zu einer dreitägigen Vertretung an die Front beauftragt. Sie wird während der Monate August und September im Bereiche der 5. und 6. Armee stehen. — Dr. G. Stieda hat als Mitglied der Ausstellungsleitung der Bildausstellung in Berlin eine Einführung in die Arbeitsweise der A. G. A. herausgegeben, die an der Stelle der Ausstellung am Parter Platz 4 käuflich ist. Das Buch enthält wertvolle Beiträge hervorragender heimischer Baukünstler.

Wissenschaftliche Nachrichten. Der außerordentliche Professor und Direktor des mineralogischen Instituts, Dr. Oscar Weigel in Marburg, der einen Ruf nach Würzburg abgelehnt hat, ist zum ordentlichen Professor ernannt worden.

Die theologische Fakultät der Universität Halle hat dem Professor Dr. Schlegel in Würzburg, die Doktorwürde ehrenhalber verliehen.

